



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 096.13 / 28.02.2013

Schleswig-Holstein soll wieder zum Windland Nr. 1 werden

Zu der Pressekonferenz des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) zum Windland Schleswig-Holstein sagt der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Detlef Matthiessen**:

Die so genannte Strompreisbremse von Umweltminister Altmaier mit willkürlichen Abschlägen beim Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) verunsichert die Windbranche. Altmaier verhindert mit seiner Schaukelpolitik das Durchstarten der Windkraft auch in Schleswig-Holstein. Projekte werden eingefroren, Bestellungen storniert und Banken nehmen Risikoaufschläge für Kredite an WindinvestorInnen.

In Schleswig-Holstein haben Privatleute über die Hälfte der Investitionen in die Windenergie getätigt. Bürgerwindparks schaffen Arbeitsplätze, stehen für kommunale Wertschöpfung und Gewerbesteuererinnahmen. Die Windkraftbranche erwartet zu Recht verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Investitionen, die bis zum Jahr 2022 rund 11 Milliarden Euro betragen können. Das ist eine ganz entscheidende Investitionssumme für unsere Wirtschaftsentwicklung.

Das EEG muss novelliert werden. Von der EEG-Umlage für dieses Jahr in Höhe von 5,28 Cent pro Kilowattstunde müssen zirka 3 Cent als systemfremde Kosten, z.B. für Industrieprivilegien, abgezogen werden. Der wachsende erneuerbare Stromanteil führt zum Absinken der Großhandelspreise an der Strombörse, das muss auch den PrivatkundInnen zu Gute kommen.

Schleswig-Holstein soll wieder zum Windland Nr. 1 werden, das ist unser Grünes politisches Ziel. Den größten Beitrag zur Energiewende erbringt die Onshore-Windkraft. Sie ist mit Abstand der wichtigste Billigmacher für den Strom aus erneuerbaren Energien. Der Onshore-Wind bestimmt die Geschwindigkeit bei der Energiewende. Der weitere Ausbau darf durch die Bundesregierung nicht behindert werden.
